Detailansicht des Registereintrags

METRO AG

Aktuell seit 17.11.2026 16:12:07

Aktiengesellschaft (AG)

Registernummer:	R002142
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	17.11.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	25.03.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Schlüterstraße 1 40235 Düsseldorf Deutschland Telefonnummer: +493020889430 E-Mail-Adressen: politik@metro.de Webseiten: https://politik.metroag.de/ https://www.metroag.de/
Hauptstadtrepräsentanz:	METRO AG Charlottenstraße 46 10117 Berlin Telefonnummer: +493020889430 E-Mail-Adresse: politik@metro.de

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):
Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25
Wirtschaftliche Tätigkeit, Öffentliche Zuwendungen, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:
Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25
400.001 bis 410.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:
Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25
3,50

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Eric Riegger**
   Funktion: Vorsitzender des Vorstands und Finanzvorstand
2. **Christiane Giesen**
   Funktion: Chief Operating Officer und Arbeitsdirektorin
3. **Guillaume Deruyter**
   Funktion: Chief Customer and Merchandise Officer

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. **Ivonne Bollow**
2. **Illa Brockmeyer**
3. **Olaf Schulze**
4. **Dr. Martin Behle**
5. **Julia Thielicke**
6. **Schlinge Volker**
7. **Dominik Staus**
   Tätigkeit bis 04/26:
   Wissenschaftlicher Mitarbeiter
   für ein Mitglied des Deutschen Bundestages

Mitgliedschaften (14):

1. BITKOM e.V.
2. DSW - Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V.
3. Deutscher Investor Relations Verband e.V
4. Deutsch-Indische Handelskammer
5. Deutsch-Ukrainisches Forum e.V.
6. EuroCommerce
7. Europäische Bewegung Deutschland e.V.
8. Handelsverband Deutschland - HDE e.V.
9. NUMOV Nah- und Mittel-Ost Verein e.V.
10. OAV German Asia-Pacific Business Association
11. Ost-Ausschuss - Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.
12. PrOut@Work-Foundation
13. Union der Wirtschaft

14. Bundesverband des Deutschen Groß-und Außenhandels (Kuratorium)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (49):
Arbeitsmarkt; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen; Außenpolitik; Sonstiges im Bereich "Außenpolitik und internationale Beziehungen"; Außenwirtschaft; Parlamentarisches Verfahren; Allgemeine Energiepolitik; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Fischerei/Aquakultur; Land- und Forstwirtschaft; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Internetpolitik; Kommunikations- und Informationstechnik; Massenmedien; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Politisches Leben, Parteien; Stadtentwicklung; Öffentliches Recht; Rechtspolitik; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Rente/Alterssicherung; Unfallversicherung; Tourismus; Verwaltungstransparenz/Open Government; Artenschutz /Biodiversität; Immissionsschutz; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Tierschutz; Güterverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Bank- und Finanzwesen; E-Commerce; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Kleine und mittlere Unternehmen; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:
Beschreibung der Tätigkeit:

METRO ist ein führender internationaler Großhändler mit Food- und Non-Food-Sortimenten, der auf die Bedürfnisse von Hotels, Restaurants und Caterern (HoReCa) sowie von unabhängigen Händlern spezialisiert ist. Die weltweit über 17 Millionen METRO Kundinnen und Kunden können wahlweise in einem der großflächigen Märkte einkaufen, online bestellte Ware dort abholen oder sich beliefern lassen. Das Unternehmen ist in über 30 Ländern aktiv und beschäftigt weltweit mehr als 95.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Somit steht METRO im Zentrum politischer Entwicklungen rund um Themen wie Handel, Lebensmittel und Lieferketten, Nachhaltigkeit, selbstständiges Unternehmertum, Zukunft der Innenstädte und Digitalisierung des Handels. Dabei setzen wir uns für verbindliche und harmonisierte Rahmenbedingungen als Voraussetzung für einen fairen Wettbewerb ein. Darüber hinaus engagieren wir uns für offene Märkte und einen starken Europäischen Binnenmarkt, in dem sich Kundinnen und Kunden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Waren frei bewegen können. Als internationaler Großhändler bekennen wir uns zudem zu unserer Verantwortung für unsere Lieferketten und verstehen uns als Multiplikator für Nachhaltigkeit und Transparenz.

An der politischen Positionierung in Deutschland arbeitet unser Public Policy Team in Berlin in Abstimmung und mit Unterstützung des Public Policy Teams am Hauptsitz der METRO AG in Düsseldorf. Zu den Aufgaben des Berliner Büros gehören:
- Fortwährender Dialog mit den Mitgliedern des Deutschen Bundestags, der Bundesregierung und

der Bundesministerien zu Themen, die den Großhandel sowie unserer HoReCa-Kunden betreffen.
- Politische und öffentliche Positionierungen durch bspw. Positionspapiere zu Themen wie dem Digital Services Act (DSA) oder dem Lieferkettengesetz.
- Mitarbeit und Positionierung innerhalb der Verbände wie bspw. dem Deutschen Handelsverband (HDE), dem Bundesverband Groß- und Außenhandel (BGA) und dem Bundesverband des Deutschen Lebensmittelhandels (BVLH).
- Organisation von verschiedenen Dialogformaten im politischen Berlin zum Zweck der Positionierung und zum Austausch mit Akteuren aus Politik & Wirtschaft.

METRO hat ein ausgeprägtes Transparenzverständnis und integrierte deswegen schon frühzeitig Kernelementen des Responsible Lobbyings. Bereits seit 2015 informieren wir auf der Webseite unseres digitalen Hauptstadtbüros und über unsere Social-Media-Kanäle öffentlich über unsere Positionen und Aktivitäten und suchen aktiv den Dialog. Dabei agieren wir konsistent und transparent.

Konkrete Regelungsvorhaben (11)

1. **Tierhaltungskennzeichnungsgesetz**

   Beschreibung:
   Die Bundesregierung möchte die Tierhaltungskennzeichnungspflicht auf die Gastronomie ausweiten. Als Lebensmittelgroßhändler ist die Gastronomie unsere größte Kundengruppe. Wir sind sehr daran interessiert, dass es zu einer bürokratiearmen Umsetzung kommt, bei der nicht nach jedem Einkauf neue Speisekarten ausgedruckt werden müssen, weil Fleisch mit unterschiedlicher Haltungskennzeichnung gekauft wird. Sollte es zu einer neuen Pflicht kommen, sollten Gastronomen selbst entscheiden können, wie sie diese umsetzen, z.B. auch via QR-Codes.

   Bundestags-Drucksachennummer:
   BT-Drs. 20/4822 (Vorgang) [alle RV hierzu]
   Entwurf eines Gesetzes zur Kennzeichnung von Lebensmitteln mit der Haltungsform der Tiere, von denen die Lebensmittel gewonnen wurden (Tierhaltungskennzeichnungsgesetz - TierHaltKennzG)
   Zuständiges Ministerium: BMEL (20. WP) [alle RV hierzu]

   Betroffenes geltendes Recht:
   TierHaltKennzG [alle RV hierzu]

   Interessenbereiche:
   EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Land- und Forstwirtschaft [alle RV hierzu]; Tierschutz [alle RV hierzu]; Verbraucherschutz [alle RV hierzu]

2. **Nationale Umsetzung der Energy Performance Building Directive (EPBD)**

   Beschreibung:
   Für den stationären Handel ist das Thema Elektromobilität insbesondere mit Blick auf die Bereitstellung von Ladeinfrastruktur für unsere Kunden interessant. Dabei ist besonders

wichtig, dass wir die Ladeinfrastruktur an die Bedürfnisse unserer Kunden anpassen. Da Kunden häufig nur 30-45 Minuten in unseren Märkten sind sind hier wenige Schnellladestationen deutlich effektiver als viele 23KW-Ladestationen. Daher setzen wir uns bei der nationalen Umsetzung für einen qualitativen Ansatz bei der Ladeleistung statt einem quantitativen Ansatz bei den Ladepunkten ein.

Betroffenes geltendes Recht:
GEIG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

3. **Umsetzung der EU-Verpackungsverordnung (PPWR) und Einführung eines Verpackungsrecht-Durchführungsgesetzes**

Beschreibung:
Die Bundesregierung hat den Gesetzentwurf zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40 im Kabinett verabschiedet. Mit dem Verpackungsrecht-Durchführungsgesetz (VerpackDG) wird der nationale Rechtsrahmen zur Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen an die Vorgaben der EU-Verpackungsverordnung (Verordnung (EU) 2025/40) angepasst. Die Regelungen der EU-Verpackungsverordnung sind ab dem 12. August 2026 umzusetzen. Als Lebensmittel-Großhändler, welcher in 15 EU-Staaten aktiv ist, lehnen wir eine weitere Fragmentierung des EU-Binnenmarkts ab. Die Bundesregierung sollte die EU-PPWR 1:1 umsetzen und keinen nationalen Sonderweg bei der Verpackungsregulierung bestreiten.

Betroffenes geltendes Recht:
VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]

4. **Gesetz zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung**

Beschreibung:
Umsetzung der NIS-2 Richtlinie in nationales Recht. Es geht um eine Kongruenz mit dem KRITIS-DachG. METRO ist in 15 EU-Ländern aktiv. Daher fordern wir eine voll-harmonisierte Umsetzung.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/1501 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der NIS-2-Richtlinie und zur Regelung wesentlicher Grundzüge des Informationssicherheitsmanagements in der Bundesverwaltung
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

5. **Gesetzentwurf zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen**

Beschreibung:
Der Lebensmittelgroßhandel gehört zur kritischen Infrastruktur.
Berichtswege und behördliche Zuständigkeiten sollen im Referentenentwurf überdacht werden.

Bundestags-Drucksachennummer:
BT-Drs. 21/2510 (Vorgang) [alle RV hierzu]
Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen
Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:
BSI-KritisV [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

6. **Umsetzung der EU-Fischereikontrollverordnung in nationales Recht**

Beschreibung:
Die EU-Fischereikontrollverordnung wird 2026 in deutsches Recht umgesetzt. Ziel der Verordnung ist, Verstöße gegen die gemeinsame Fischereipolitik wirksamer zu verhindern und Kontrollen EU-weit zu harmonisieren. Die Verordnung sieht
unter anderem eine vollständig digitale Rückverfolgbarkeit von Fischerei- und Aquakulturerzeugnissen entlang
der gesamten Lieferkette vor, verpflichtende elektronische Fangmeldungen, digitale Logbücher sowie das
CATCH-System für Fangzertifikate bei Importen. METRO kann diese technischen Lösungen als Europas größter Frischfischhändler bereits heute umsetzen. Vor diesem Hintergrund spricht
sich METRO in Deutschland für die Umsetzung der Verordnung aus
und setzt sich für einheitliche Regelungen und möglichst gemeinsame technische Lösungen ein.

Interessenbereiche:
Fischerei/Aquakultur [alle RV hierzu]

7. **Erhalt von Minijobs und keine weitere Verteuerung geringfügiger Beschäftigung**

Beschreibung:
Die von der Bundesregierung eingesetzte Alterssicherungskommission hat in ihrem Abschlussbericht vom 23. Juni 2026 empfohlen, den steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Sonderstatus von Minijobs abzuschaffen. Die Empfehlungen

sollen nach einer Verständigung des Koalitionsausschusses von CDU/CSU und SPD vom 2. Juli 2026 noch in diesem Jahr umgesetzt werden. METRO setzt sich für den Erhalt von Minijobs in ihrer bisherigen rechtlichen Ausgestaltung ein und lehnt eine Erhöhung der für Arbeitgeber bei Minijobs geltenden Pauschalabgaben und -steuer ab.

Betroffenes geltendes Recht:
SGB 4 [alle RV hierzu]; SGB 5 [alle RV hierzu]; SGB 11 [alle RV hierzu]; EStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

8. **Einführung einer Wochenhöchstarbeitszeit im Arbeitszeitgesetz**

Beschreibung:
METRO setzt sich dafür ein, den europarechtlichen Gestaltungsspielraum der EU-Arbeitszeitrichtlinie zu nutzen und die nach § 3 ArbZG geregelte tägliche Höchstarbeitszeit durch eine Wochenhöchstarbeitszeit zu ersetzen.

Betroffenes geltendes Recht:
ArbZG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:
Arbeitsmarkt [alle RV hierzu]; Arbeitsrecht/Arbeitsbedingungen [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

9. **Anpassung der Interbankenentgelt-Verordnung (EU) 2015/751 für Firmenkarten**

Beschreibung:
Die Interbankenentgelt-Verordnung (EU) 2015/751 deckelt Interbankenentgelte für Verbraucherkarten ("Consumer Cards"), nimmt Firmenkarten ("Commercial Cards") jedoch bislang vom Anwendungsbereich aus. Durch die nicht gedeckelten Gebühren entstehen insbesondere im Großhandel mit vielen Firmenkunden erhebliche zusätzliche Kosten, die aufgrund der wachsenden Verbreitung von Firmenkarten weiter zunehmen. METRO setzt sich für eine Anpassung der Verordnung ein, damit Firmenkarten in den Anwendungsbereich der Regulierung einbezogen werden.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. **SG2611170035** (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 23.04.2026 an:

Bundesregierung
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

Versendet am 13.10.2026 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundeskanzleramt (BKAmt) [alle SG dorthin]

2. **SG2611170037** (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.11.2026 an:

Bundestag
Fraktionen/Gruppen [alle SG dorthin]

Versendet am 09.11.2026 an:

Bundestag
Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung
Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

10. **Gesetzliche Verpflichtung zur Akzeptanz digitaler Zahlungsmittel**

Beschreibung:
Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD sieht vor, schrittweise sicherzustellen, dass neben Bargeld mindestens eine digitale Zahlungsoption angeboten wird. METRO setzt sich dafür ein, dass diese geplante Akzeptanzpflicht digitaler Zahlungsmittel von Regelungen begleitet wird, die faire und transparente Gebührenstrukturen sicherstellen und zusätzliche Kostenbelastungen für Unternehmen vermeiden.

Interessenbereiche:
Bank- und Finanzwesen [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

11. **Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß für alle**

Beschreibung:
Die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß sollte – wie im Koalitionsvertrag angekündigt – für alle Unternehmen und Verbraucher erfolgen. Hohe Energiekosten belasten Unternehmen und Verbraucher gleichermaßen. Für den Großhandel sind hohe Energiekosten insbesondere bei Kühlung, Beleuchtung, Logistik und dem laufenden Betrieb ein wesentlicher Kostenfaktor. Eine Absenkung der Stromsteuer verbessert die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, stärkt die Kaufkraft und setzt damit wichtige Wachstumsimpulse für die Wirtschaft.

Betroffenes geltendes Recht:
StromStG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (2):

1. **Bezirksregierung Arnsberg**
   Deutsche Öffentliche Hand – Kommune
   Arnsberg
   Betrag: 1 bis 10.000 Euro
   Fördergelder für Investitionen in Elektromobilität bei der Fahrzeugflotte der METRO in Deutschland

2. **Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)**
   Deutsche Öffentliche Hand – Bund
   Eschborn
   Betrag: 160.001 bis 170.000 Euro
   Fördergelder für die Investitionen in energiesparende Kälte- und Klimaanlagen und Gebäudeleittechnik an verschiedenen Standorten der METRO, inklusive Dortmund, Dresden, Hamm, Oldenburg.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

Gesamtsumme:
0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 10/24 bis 09/25

2024-25-metro-geschaeftsbericht-de.pdf